

15. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

138. Sitzung Donnerstag, 1. Oktober 2015, 9:30 Uhr

TOP 3

Mindestlohn in Handwerk und Mittelstand: Was von der guten Absicht in der Praxis ankommt

Rede von

Reinhard Löffler MdL

Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort.

Abg. Dr. Reinhard Löffler MdL, CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Klare Ansage: Niemand soll ein Geschäftsmodell auf Ausbeutung betreiben. Das ist unethisch, unchristlich und entspricht nicht dem Unternehmerbild, das wir, die CDU, haben.

Es mag Ausnahmen geben, aber flächendeckend ist der gesetzliche Mindestlohn für unser Handwerk und für unseren Mittelstand kein Problem – eher für den Finanz- und Wirtschaftsminister. Wenn wir beide auf Reisen sind, verhält er sich aufgeschlossener und weniger sozialdemokratisch. Ohne Leni Breymaiers Fuchtel ist er viel entspannter.

Vor einem Jahr war ich mit ihm in Myanmar, dem Land der Pagoden und goldenen Dächer. Dort besuchten wir eine Fabrikhalle so groß wie ein halbes Fußballfeld, wo in schwüler Luft wie an einer Perlenschnur gereiht Hunderte junge Frauen mit apathischen Gesichtern für ein schwäbisches Textilunternehmen an Nähmaschinen strickten. Auch der Minister versuchte sich an einem Strickmuster an einer Nähmaschine. 33 Cent pro Stunde bekommen die Frauen, sagte man uns. 33 Cent für ein 5-Euro-Wegwerf-T-Shirt beim Discounter – der Minister fand es toll. 33 Cent, das ist mehr, als ein Praktikant im Kultusministerium bekommt.

Dieser Tage waren wir in Persien, im Iran, in Teheran und Isfahan, ein wunderbares Land mit gastfreundlichen Menschen, jahrzehntelang berüchtigt als „Achse des Bösen“ und isoliert wegen des Embargos. Jetzt baut der Iran seine Nuklearanlagen ab und löst sich von den Fesseln der Sanktionen. Das Land ist reich an Öl und Gas, hat aber eine Arbeitslosenquote von 25 %. Mit dem Segen der Mullahs werden jetzt Investoren ins Land gebeten. Deutsche Unternehmer sind besonders begehrt. Sieben Freihandelszonen errichtet der Iran. Ausländische Investoren sind dort 20 Jahre lang von der Einkommen- und der Körperschaftssteuer befreit.

Seit 1968, seit Schahs Zeiten, besteht ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland. Kapital und Profit können unbeschränkt zurückgeführt werden. Der deutsche Fiskus kann die Hand nicht aufhalten – ein Steuerparadies, attraktiver als die Kaimaninseln. In diesen Freihandelszonen gibt es kein Arbeitsrecht.

Ein promovierter Ingenieur ist dort mit 500 Dollar monatlich sehr gut bedient.

Wir besuchten eine Firma, die Glaswaren herstellt. Ihre Maschinen waren schon zu Kaiser Wilhelms Zeiten veraltet. In der Fabrikhalle herrschte unerträglicher Lärm, überall Feuer und Rauch wie bei Dantes „Inferno“.

Unvorstellbar, welchen Arbeitsbedingungen die Arbeiter dort ausgesetzt sind. Der deutsche Mindestlohn – ein Traum.

Der Minister lässt träumen. Er will, dass unsere Unternehmen dort mit finanzieller Unterstützung der L-Bank investieren. So sieht sie aus, die ethische Wirtschaftspolitik der Sozialdemokraten.

Mindestlohn – ein Exportschlager. Der grüne OB Salomon in Freiburg pflastert mit Basaltsteinen aus Vietnam, gehämmert auf dem Rücken von Kindern, den Platz um die Unibibliothek und die Alte Synagoge. Kinderarbeit ist billiger als Mindestlohn in den Steinbrüchen des Schwarzwalds.

Das ist das neoliberale Gesicht der grünen Wirtschaftspartei.

„Gutes Geld für gute Arbeit“ ist für mich eine Frage der Menschenwürde. Da bin ich gar nicht weit weg von den Sozialdemokraten. Aber ich verdächtige unseren Mittelstand nicht des kollektiven Lohndumpings. Unsere Mittelständler brauchen keinen betreuten Mindestlohn. Sie brauchen keine gesamtgesellschaftliche Betriebsratsnanny, die mit einer Mindestlohnmeldeverordnung und einer Mindestlohnaufzeichnungspflichtverordnung adipöse Amtsschimmel aus dem Gestüt Nahles in die Betriebe jagt.

Diese bürokratischen Durchführungsverordnungen entziehen sich der parlamentarischen Kontrolle. Sie waren im Bund nie von der CDU gewollt, Kollege Reith. Schlimmer noch: Der Unternehmer haftet als Bürge für den Mindestlohn in seiner Subunternehmerkette – ein unkalkulierbares Risiko und ein immenser bürokratischer Aufwand.

92 % der mittelständischen Unternehmen klagen über Bürokratiebelastung, sagt eine Ennid-Studie. Offenbar sind Ihnen diese Klagen gleichgültig.

Diese Woche war ich bei einem Bäckerbetrieb in meinem Wahlkreis, einem Familienunternehmen in dritter Generation. Der Inhaber war sehr betroffen. Der Zoll, in Uniform und bewaffnet, kam zu Besuch, legte den Betrieb lahm und vernahm die Mitarbeiter – ohne Ergebnis. Der Bäcker fühlte sich wie ein Schwerverbrecher.

Er lässt seinen Dank ausrichten für Umsatzverlust und Imageschaden.

Ich bin ein empathischer Mensch und habe Gefühl für grün-rotes Misstrauen – Mitleid.

Nicht der betreute Mittelständler darf das Leitbild der Politik sein, sondern der mündige Bürger mit seinen freien Entscheidungen.

Die Landesregierung redet viel über Gerechtigkeit und Verteilen, aber nie darüber, wie die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft erhöht werden soll. Keines der Gesetze, die Sie in den letzten viereinhalb Jahren verabschiedet haben, war ein politisches Signal für mehr Investition, für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung.

Planwirtschaft, Bürokratie und Belastung, das ist das Markenzeichen Ihrer Politik.

Papst Franziskus sagt in seiner Lehrschrift Evangelii Gaudium: Wir brauchen die edle Arbeit eines Unternehmers, der fähig ist, die Güter dieser Welt zu mehren und für alle zugänglicher zu machen, um damit dem Gemeinwohl zu dienen.

Es sind nicht der Staat und die Politik, die Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen, sondern Menschen, Unternehmer. Also muss man deren Eigenverantwortung fördern und nicht durch Bürokratie bevormunden und blockieren.

Letzteres aber ist grün-rote Politik.

Es verwundert nicht, dass immer mehr junge Menschen nicht selbstständig werden wollen. Etwas zu unternehmen ist suspekt, etwas zu unterlassen wünschenswert.

Der Unterlasser ist der Held im Erdbeerfeld, wo der Lebensunterhalt aus der Staatskasse kommt und die Übernahme von Eigenverantwortung verdächtig macht.

Haben Sie sich schon einmal gefragt, warum alle neuen Innovationen nicht mehr aus Deutschland kommen? Haben Sie sich schon einmal gefragt, warum wir bei der Digitalisierung einen Stehplatz auf den Zuschauerrängen haben? Bei neuen Technologien sind wir nur noch Mitläufer und nicht mehr Gestalter.

Das ist Ihre Wirtschaftspolitik. Unsere Unternehmen brauchen weniger Bürokratie und mehr Wettbewerbsfähigkeit. Frau Nahles sagt, der Mindestlohn und ihre Verordnungen seien die größten Reformen seit Jahrzehnten und stärkten die soziale Marktwirtschaft. Ludwig Ehrhard hätte das nicht gewollt.

Er setzte auf Leistung des Einzelnen, nicht auf Bevormundung und nicht auf Wellnessoasen.

An Ihrer Planwirtschaft wird sich die Welt nicht ausrichten, sondern an Leistung und Eigenverantwortung.

Ich hatte gehofft, der Himmel würde der Landesregierung ein wenig Hirn runterwerfen.

Aber so viel Hirn, da ist selbst der Himmel bei Ihnen überfordert.

Vielen Dank.